

BEITRÄGE

ERNST-ULRICH HUSTER

Armut und Reichtum: Auswirkungen der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Zusammenfassung

Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft nimmt zu. Dieses zeigt sich nicht nur auf dem Gebiet der Einkommen, sondern in vielfältigen Dimensionen der Lebenslage, bei den Bereichen Arbeit, Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Wohnen wie insgesamt bei der gesamten soziokulturellen Teilhabe. Die frühliberale politische Theorie sprach sich zwar für eine gewisse Ungleichheit aus, setzte dieser aber Grenzen. In der späteren und aktuellen Wirtschaftstheorie kommt es zu einer Kontroverse zwischen stärker auf soziale Ungleichheit setzenden angebotsorientierten Theorien und stärker auf sozialen Ausgleich zielenden nachfrageorientierten Theorien. Der Sozialstaat seit Bismarck wollte soziale Inklusion auf dem Hintergrund gesellschaftlicher sozialer Hierarchien und Interessenwidersprüche, einen Kompromiss also, der allerdings geschichtlich nicht nur im Faschismus, sondern auch aktuell im Widerstreit wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen auf dem Hintergrund von Europäisierung und Globalisierung immer wieder infrage gestellt wird. Es gibt keinen *Social Body Mass Index*, an dem man die Stabilität einer Gesellschaft oder deren Gefährdung ablesen kann. Aber es ist möglich, den vermeintlichen Widerspruch zwischen volkswirtschaftlicher Wertschöpfung und sozialer Verteilung zu überwinden und nach einer verbindenden Strategie zu suchen. Doch dazu muss die Ökonomie wieder – wie in langen Phasen der Fall – ‚politisch‘ werden, um individuelle und soziale Perspektiven in Bildung, Gesundheit, Erwerbsarbeit und kultureller Teilhabe mit dem Ziel der Wertsteigerung in der Wirtschaft zusammenzuführen.

1. ARMUT UND REICHTUM: ERGEBNIS VON SOZIALEN VERTEILUNGSPROZESSEN

Die empirisch begründete These, dass es in den westlichen Industrie- und Dienstleistungsnationen mehr denn je eine soziale Polarisierung zwischen Arm und Reich gibt, führt zur Frage, wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft, die auf einen Wohlstandszuwachs setzt, braucht und wie viel Ungleichheit letztlich sozial abträglich ist. Zum einen ist zu untersuchen, ob

soziale Ungleichheit den Zuwachs an Wohlstand fördert oder schädigt. Zum anderen ist danach zu fragen, was denn politische Inklusionsstrategien bewirken wollen bzw. bewirken können. Und schließlich geht es darum, Konzepte zu entwickeln, die Wohlstandsmehrung und soziale Inklusion verbinden sollen.

Zu Beginn ein paar wenige Fakten:¹ Je nach Erfassungsmethode lebt in der Bundesrepublik Deutschland derzeit jeder sechste bzw. siebte unterhalb der von der Europäischen Union festgelegten Armutsrisikoschwelle von 60 Prozent des nationalen nach Haushaltsgröße gewichteten Medianeinkommens. Hier ist in den letzten Jahren ein Anstieg zu verzeichnen gewesen. Umgekehrt lebt – wieder auf der Grundlage unterschiedlicher Erfassungsmethoden – jeder 12. bis 16. in Deutschland oberhalb einer Reichtumsgrenze, das heißt mit einem Einkommen, das 200 Prozent des nationalen nach Haushaltsgröße gewichteten Medianeinkommens überschreitet. Auch hier ist in den letzten Jahren ein leichter Zuwachs zu verzeichnen. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* verzeichnet folglich eine Abnahme der mittleren Einkommenssegmente.² Neben dieser Betrachtung der Einkommensentwicklung zeigt die Vermögensforschung schon über längere Zeit eine deutlich höhere Konzentration der Vermögen als der Einkommen: Die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher verfügen über knapp die Hälfte aller Vermögenswerte, die untere Hälfte der Einkommensbezieher dagegen kann nur etwa 4 Prozent des Vermögens auf sich konzentrieren.³ In den beiden untersten Dezilen gibt es kaum Vermögen, höchstens negatives Vermögen, also Schulden. Da die Vermögenserträge nur dort anfallen, wo Vermögen vorhanden ist, nämlich bei den reichen Haushalten, führt dieses zum Ergebnis: Die Reichen werden immer reicher.

Für die Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen dieser sozialen Polarisierung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist von Bedeutung, dass sich diese empirischen Befunde mit solchen in anderen nicht monetären Bereichen parallelisieren lassen, in den Bereichen Arbeit, Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Wohnen und Wohnumfeld. In keinem anderen Land der Europäischen Union sind formale Schul- und Ausbildungsabschlüsse für die Beteiligung am Arbeitsmarkt so entscheidend wie

¹ Vgl. *Bundesregierung* (Hg.), 3. Armuts- und Reichtumsbericht. Lebenslagen in Deutschland, Bonn 2008.

² *Markus M. Grabka/Joachim R. Frick*, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008 vom 05.03.2008, 101–108.

³ *Bundesregierung* (Hg.), 3. Armuts- und Reichtumsbericht, 308.

in Deutschland.⁴ Dass der soziale Status der Eltern wiederum den Schulerfolg der Kinder dominiert, haben nicht nur internationale Vergleichsstudien gezeigt, sondern kann auch in der deutschen Sozialstatistik nachgewiesen werden.⁵ Bildung und Stellung im Erwerbsleben bestimmen in hohem Maße den gesundheitlichen Status, den Zugang zum Gesundheitswesen, Diagnose und Therapie. Immer noch gilt: „Wenn Du arm bist, musst Du früher sterben.“⁶ Hinzu kommen schlechtere Wohnbedingungen bei denjenigen, die im wahrsten Sinne des Wortes arm dran sind. Zusammengekommen führt dieses zur Frage, ob und in welchem Umfang Armut in Deutschland ‚vererbt‘ wird, genauer: ob in Deutschland soziale Mechanismen wirksam sind, die nachhaltig die soziale vertikale Mobilität einschränken und bewirken, dass – wie in mehreren Studien belegt – knapp 10 Prozent der Bevölkerung von dieser sozialen Mobilität schlicht ausgeschlossen sind.⁷ Umgekehrt verweisen höhere Einkommen und Vermögen auf deutlich bessere Chancen auch der nachwachsenden Generation, ihrerseits in gehobene Positionen einzudringen. Von der von *Helmut Schelsky* einst propagierten „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“⁸ ist die bundesdeutsche Wirklichkeit weiter denn je entfernt.

Unsere Gesellschaft erwirtschaftet Wohlstand, dieser wird sozial verteilt. Dieses geschieht in vielfältiger Weise, zunächst einmal über die primäre Verteilung von Löhnen und Gewinnen, sekundär über den (Steuer-) Staat⁹, und zwar durch seine Art, diesen wirtschaftlichen Wertzuwachs bei den Löhnen und Gewinnen abzuschöpfen, und durch die Modalitäten, diese Einnahmen wieder zu verausgaben. Dazu gehören Verteilungsmechanismen beim Zugang zu und der Inanspruchnahme von sozialen Dienstleistungen, zu denen die des vorschulischen und des schulischen Bildungssystems ebenso gehören wie die des Gesundheitswesens, der so-

⁴ *Statistisches Bundesamt Deutschland*, Niedrige Bildung schmälert Arbeitsmarktchancen erheblich, Pressemitteilung Nr. 333 vom 05.09.2008.

⁵ *Bundesregierung* (Hg.), 3. Armuts- und Reichtumsbericht, 69.

⁶ *Alfred Oppolzer*, Wenn Du arm bist, musst Du früher sterben. Soziale Unterschiede in Gesundheit und Sterblichkeit, Hamburg 1986.

⁷ *Friedrich Ebert Stiftung*, Gesellschaft im Reformprozess, 2006; vgl. *Olaf Groh-Samberg*, Armut in Deutschland verfestigt sich, in: DIW Wochenbericht Nr. 12/2007 vom 21.03.2007, 177–182.

⁸ *Helmut Schelsky*, Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, in: *Ders.* Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/Köln 1965, 331–336; hier auch weitere thematisch zugehörige Aufsätze.

⁹ *Klaus-Martin Groth*, Die Krise der Staatsfinanzen. Systematische Überlegungen zur Krise des Steuerstaates, Frankfurt 1978; *Rolf Richard Grauhan/Rudolf Hickel* (Hg.), Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien, Leviathan, Sonderheft 1/1978, Opladen 1978.

zialen Dienste im Rahmen etwa der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ebenso wie bei anderen sozialen Problemlagen. Ist der monetäre Transfer noch relativ leicht nachvollziehbar – allerdings hat die Politik seit nunmehr fast 30 Jahren darauf verzichtet, eine neue *Verteilungs-Enquête* zu erstellen¹⁰ –, wird dieses bei den Dienstleistungen recht kompliziert. Wie auch immer, diese sich alljährlich vollziehenden Verteilungsprozesse bestimmen die Lebenslage in hohem Maße mit, sie konstituieren ebenso sozialen Ausgleich, soziale Inklusion, wie sie zugleich soziale Ungleichheit und soziale Exklusion mitbewirken. Armut und Reichtum in all ihren Facetten können nicht losgelöst von diesen Verteilungsprozessen gedacht werden, die ihrerseits zwischen unterschiedlichen sozialen Interessen mitgeprägt werden. Dabei sind diese Interessen aber sozial nicht gleich gewichtet, sodass sich in diesem Kräfteparallelogramm soziale Zuweisungen, soziale Mobilität, aber auch sozialer Abstieg und Verfestigungen sowohl von Reichtums- als auch von Armutslebenslagen ergeben.

2. UNGLEICHHEIT – MOVENS ODER HINDERNIS ALLGEMEINER WOHLSTANDMEHRUNG?

Der Klassiker der Nationalökonomie, *Adam Smith*, hat den Eigennutz als das eigentliche Movens des Wohlstands der Nation ausgemacht:

„Da nun jedermann nach Kräften sucht, sein Kapital in der heimischen Erwerbstätigkeit und diese Erwerbstätigkeit selbst so zu leiten, daß ihr Erzeugnis den größten Wert erhält, so arbeitet auch jeder notwendig dahin, das jährliche Einkommen der Gesellschaft so groß zu machen, als er kann. Allerdings strebt er in der Regel nicht danach, das allgemeine Wohl zu fördern, und weiß auch nicht, um wie viel er es fördert. Indem er die einheimische Erwerbstätigkeit der fremden vorzieht, hat er nur seine eigene Sicherheit im Auge und indem er diese Erwerbstätigkeit so leitet, daß ihr Produkt den größten Wert erhalte, verfolgt er lediglich seinen eigenen Gewinn und wird in diesen wie in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, einen Zweck zu fördern, den er in keiner Weise beabsichtigt hatte. Auch ist es nicht eben ein Unglück für die Gesellschaft, dass dies nicht der Fall war. Verfolgt er sein eigenes Interesse, so fördert er das der Gesellschaft weit wirksamer, als wenn er dieses wirklich zu fördern beabsichtigt.“¹¹

Die Vermittlung konkurrierender wirtschaftlicher Interessen gilt bis heute als die entscheidende Steuerungsfunktion des Marktes, verbunden mit der Chance auf Gewinn, aber auch der Gefahr des Scheiterns. Schon die

¹⁰ *Transfer-Enquête-Kommission*, Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht durch die *Bundesregierung*, *Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung*, *Der Bundesminister für Wirtschaft*, Stuttgart u. a. 1981.

¹¹ *Adam Smith*, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Jena 1923, reprint Gießen 1973, Zweiter Teil, 43 f.

frühliberale Theorie sah allerdings die Gefahr, dass dies zu Ungleichgewichten in der Gesellschaft führen könne. *Jean Jacques Rousseau* etwa formulierte in seinem *Contrat Social*¹² von 1762 die große Anti-These zur feudalen, auf Standesprivilegien basierenden Gesellschaft des *Ancien Regime* und forderte den eigenverantwortlichen Bürger, der entsprechend seiner Leistung seinen gesellschaftlichen Rang bestimmt. Zugleich sah Rousseau die Gefahr, dass eben diese Freiheit durch eine zu starke Konzentration des Reichtums in Gefahr gerate. So dürfe niemand so reich sein, „[...] um sich einen andern kaufen zu können, noch so arm, um sich verkaufen zu müssen.“¹³ Er forderte daher eine egalisierende Vermögensbildung zugunsten einer demokratischen, freiheitlichen Entwicklung (*état médiocre*) – allerdings ohne staatliche Eingriffe in den Bestand.

Ca. 60 Jahre später allerdings erkannte *Georg Wilhelm Friedrich Hegel*, ein gründlicher Kenner der ökonomischen Klassiker wie *Adam Smith* und *David Ricardo* etc., in seiner *Rechtsphilosophie*:

„Durch die Verallgemeinerung des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse, und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und herbeizubringen, vermehrt sich die Anhäufung der Reichtümer, denn aus dieser gedoppelten Allgemeinheit wird der größte Gewinn gezogen – auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die Vereinzelung und Beschränktheit der besonderen Arbeit und damit die Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse, womit die Unfähigkeit der Empfindung und des Genusses der weiteren Freiheiten und besonders der geistigen Vorteile der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt.“

Zugleich resümierte Hegel:

„Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“

Hegel erkannte eine für die bürgerliche Gesellschaft gefährliche Dynamik:

„Durch diese ihre Dialektik wird die bürgerliche Gesellschaft über sich hinausgetrieben, zunächst diese bestimmte Gesellschaft, um außer ihr in anderen Völkern, die ihr an den Mitteln, woran sie Überfluß hat, oder überhaupt an Kunstfleiß u.s.f. nachstehen, Konsumenten und damit die nötigen Subsistenzmittel zu suchen.“¹⁴

Es waren dann schließlich *Karl Marx* und *Friedrich Engels*, die die gesellschaftspolitische Schlussfolgerung aus der Tatsache zogen, dass der Markt

¹² *Jean Jacques Rousseau*, *Der Gesellschaftsvertrag*, Stuttgart 1968.

¹³ Ebd. 87.

¹⁴ *Georg Wilhelm Friedrich Hegel*, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*. Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den mündlichen Zusätzen, Frankfurt 1970 (Werke in 20 Bänden, Bd. 7), 389 (§ 243) und 391 (§ 246).

letztlich durch zwei ineinandergreifende Segmente charakterisiert ist, den Markt der Waren- und Dienstleistungen und den Arbeitsmarkt, vermittelt über den Produktionsprozess. Dass hier unter Wahrung des Tausches von wertmäßigen Äquivalenzen letztlich soziale Ungleichheiten entstehen und verfestigt werden, bedeutet, dass die Polarisierung von Arm und Reich nicht eine unbeabsichtigte Nebenfolge privatkapitalistischen Wirtschaftens, sondern vielmehr deren konstitutiver Bestandteil ist. In den dem Produktionsprozess vor- und nachgelagerten Verteilungsprozessen wird dieses dann sichtbar.

Ob frühbürgerliche oder marxistische Theorie – beide sahen im Ergebnis Gefahren für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bei rein marktregulierten Austauschprozessen, wenngleich die verschiedenen Theorieansätze höchst unterschiedliche Schlussfolgerungen daraus zogen. So wollte Hegel beispielsweise das von ihm beschriebene Problem faktischer Armutssteigerung durch Kolonisation lösen, Marx hingegen formulierte schon sehr früh als „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist [...]“¹⁵

Ohne nun die gesamte volkswirtschaftliche Diskussion, geschweige denn Wirtschafts- und Sozialgeschichte hier nachzeichnen zu können, bedarf es gleichwohl der resümierenden Feststellung, dass sich in der volkswirtschaftlichen Theoriebildung geradezu konträre Positionen durchgesetzt haben, was das Verhältnis von sozialer Ungleichheit und Wohlstandsmehrung angeht. In den stärker wirtschaftsliberalen Theorien herrscht die Meinung vor, soziale Ungleichheit sei keineswegs nur ein negatives Ergebnis des Wirtschaftens, sondern sei vielmehr eine Voraussetzung für die allgemeine Wohlstandsmehrung. Schon im Verlauf der sogenannten *Großen Depression* in den 1870er und 1880er Jahren suchte die sich herausbildende universitäre Wirtschaftswissenschaft nach Strategien, wie diese Gründerkrise, der Übergang vom Frühkapitalismus zum Monopolkapitalismus, überwunden werden könne. Sie formulierte im Rekurs auf die klassische Wirtschaftstheorie eine neoklassische, die auf Stärkung der Angebotsstrukturen im Marktgeschehen zielte. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre erlebte diese Schule einen enormen Aufschwung. Einer der bekanntesten Protagonisten wurde *Friedrich August von Hayek*. Wiewohl Deutschland als Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft ein führender Repräsentant einer zunehmend europäiserten und in Teilbereichen globalisierten Wirtschaft geworden ist, sind die

¹⁵ *Karl Marx*, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Marx-Engels Werke, Band 1, Berlin 1970, 385.

zentralen Imperative neoliberaler Wirtschaftspolitik zunächst außerhalb Deutschlands akademisch und praktisch entwickelt worden. Für sie stehen der Ökonomieprofessor aus Chicago, *Milton Friedman*, und die nach dem Ort seines Wirkens benannte Schule.¹⁶ Deutschland erlebt ebenfalls eine Hayek-Renaissance. Zentrales Element dieses seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend und parallel zu den sichtbar werdenden Folgen von Europäisierung und Globalisierung popularisierten Konzepts ist, dass nur noch der Markt über ökonomischen Gewinn und über Lebenschancen zu entscheiden hat sowie international und national alle Barrieren eines freien Handels aller Waren beseitigt werden sollen.

„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. [...] Diejenigen, die die Reichen attackieren, vergessen, dass die meisten von ihnen im Verlaufe ihres Reichwerdens Arbeitsplätze schufen und so mehr Leuten geholfen haben, als wenn sie ihr Geld den Armen gegeben hätten.“¹⁷

Dieses findet auf betriebswirtschaftlicher Ebene seinen Niederschlag in einer *Shareholder-value-Logik*, derzufolge nur der Gewinn der Kapitalbesitzer Kriterium für den Erfolg eines Unternehmens ist.

Mit dem Namen *John Maynard Keynes* dagegen verbindet sich eine entgegengesetzte Wirtschaftstheorie. Diese sieht in der volkswirtschaftlichen Nachfrage eine wichtige Voraussetzung für einen stabilen Wirtschaftskreislauf. Werde die Lücke zwischen Arm und Reich – Keynes spricht sich keineswegs für eine nivellierende Gleichheit aus – zu groß, bestehe auf Seiten der Reichen die Gefahr des „Übersparens“, während die Armen kein ausreichendes Einkommen und damit eine zu geringe Nachfragemöglichkeit haben.

„Ein Land wird nicht durch die rein negative Handlung einer Person, nicht alles Einkommen für den laufenden Verbrauch auszugeben, bereichert. Bereichert wird es durch die positive Tat des Gebrauchs dieser Ersparnisse zur Vermehrung der Kapitalausrüstung des Landes: Nicht der Knauser wird reich, sondern wer sein Geld für fruchtbare Anlagen verwendet.“¹⁸

Einen Ausweg aus der (Welt-)Wirtschaftskrise sieht er deshalb „durch eine Neuverteilung der Einkommen oder sonstige Maßnahmen den Hang zum Verbrauch anzuregen [...]“.¹⁹ Einkommen aus Gewinnen und aus Arbeit wird volkswirtschaftlich danach bewertet, ob es dem wirtschaftli-

¹⁶ *Milton Friedman*, *Capitalism and Freedom*, Chicago 1963.

¹⁷ *Friedrich August von Hayek*, Ungleichheit ist nötig, Interview in: *Wirtschaftswoche* 3 (1996), 16–17.

¹⁸ *John Maynard Keynes*, Wege zur Wiedererlangung der Prosperität, in: *Harald Mattfeld*, *Keynes kommentierte Werkauswahl*, Hamburg 1985, 121.

¹⁹ *John Maynard Keynes*, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 7. Aufl., unveränderter Nachdruck der 1. Aufl. von 1936, Berlin 1994, 272.

chen Kreislauf zugeführt wird, einerseits in Form von Investitionen, andererseits in Form von Konsum. Ungleichheit kann möglich sein, durch sie darf aber nicht die Nachfragestimulation gestört werden, sei es etwa durch rein spekulatives Verhalten der Reichen oder durch Unterkonsumtion der Armen.

Angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftstheorien betrachten den Wirtschaftskreislauf aus Angebot und Nachfrage jeweils aus einer anderen Perspektive, wenngleich beide im Interesse an einer allgemeinen Wohlstandsmehrung übereinstimmen. Beide Theorieansätze haben ein Interesse am investiven Verhalten der Unternehmen, bewerten aber die Stimulanzien geradezu konträr, wenngleich sie die Legitimität der jeweils anderen Sicht nicht gänzlich leugnen können. Für die angebotsorientierte Konzeption sind Lohn- und Lohnnebenkosten tendenziell Wettbewerbs- und damit Investitionshemmnisse, wenngleich das ihr zugrunde liegende Theorem, dass sich nämlich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schaffe, den Nachfrageaspekt nicht außer Acht lassen will. Auf der anderen Seite sieht die nachfrageorientierte Theorie in Lohn- und Lohnnebenkosten letztlich Abnahmegarantien für produzierte Waren und Dienstleistungen, wenngleich auch sie in der Ertragslage der Unternehmen eine wichtige Voraussetzung für Realinvestitionen sieht. Gleichwohl markieren beide Konzeptionen für die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt zwei wichtige Eckpole: Nur der Wechsel zwischen Angebot und Nachfrage garantiert den Wirtschaftskreislauf, zum Markthemmnis können dabei – neben anderen Faktoren wie etwa der Marktmachtbildung – sowohl eine zu starke als auch eine zu schwache soziale Ungleichheit werden. Es geht also im Kern nicht darum, ob die soziale Trennung in Arm und Reich den gesellschaftlichen Zusammenhang bestimmt, sondern darum wie.

3. SOZIALER ZUSAMMENHALT: MARKTGESCHEHEN UND STAATLICHE INKLUSIONSPOLITIK IM SOZIALSTAAT

In der berühmten *Kaiserlichen Botschaft* vom 17. November 1881 formulierte *Otto von Bismarck*:

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von Neuem an's Herz zu legen;

und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, der-einst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaf-ten seines inneren Friedens und den Hülfbedürftigen größere Sicherheit und Ergie-bigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“²⁰

Damit hat sich in Deutschland das Konstrukt eines auf soziale Eingren-zung und Teilhabe ausgerichteten Staatsverständnisses durchgesetzt, das soziale Problemlagen über obrigkeitsstaatliche Setzung regelt. Die Dy-namik kapitalistischen Wirtschaftens wird mit Elementen fürsorglichen Denkens verbunden, allerdings werden Einflugschneisen auch für poli-tische Teilhabe geschaffen. Bismarcks Sozialstaatskonzept zielte explizit auf eine Stärkung des sozialen Zusammenhangs in der Gesellschaft; sei-ne sozialpolitischen Initiativen werden denn auch zu Recht als die „in-neren Reichsgründung“²¹ bezeichnet. Teilhabe, bei Bismarck noch keines-wegs streng zwischen dem feudalen Fürsorgedenken und bürgerlicher Eigenverantwortung einschließlich solidarischer Haftungsmechanismen getrennt, und sozialer Kompromiss bestimmen dieses Verständnis von Sozialstaatlichkeit. Allerdings werden in diesem Konstrukt bestehende Lebenslagen eher konserviert, denn verändert. Von daher wird das Bis-marcksche Sozialstaatsverständnis zu Recht als ‚konservativ‘ eingestuft. Genau dieser soziale Kompromiss über die zu gewährende, die zugelas-sene, auszuweitende Teilhabe in der Gesellschaft ist immer auch tempo-rärer Natur und bedarf der steten Neujustierung in der tagesaktuellen Auseinandersetzung im sozial gewordenen Staat. Mit Namen wie Max Weber, Hermann Heller, Ralf Dahrendorf und anderen mehr verbinden sich geschichtlich Positionen, die diesen Prozess der sozialen Integration theoretisch zu fassen suchten.

Max Weber beispielsweise griff das bei John Locke entwickelte liberale Theorem auf, dass nämlich die in einem Staat Beherrschten den mit der Herrschaft Beauftragten und den zu beachtenden Gesetzen zustimmen müssen: „Ein gewisses Minimum an innerer Zustimmung mindestens der sozial gewichtigen Schichten der Beherrschten ist ja Vorbedingung einer jeden, auch der bestorganierten, Herrschaft.“²² In der Phase des klassi-schen Liberalismus sei dies auch kein Problem gewesen, bezog sich doch hier die Forderung auf die sozial homogene Klasse der Besitzbürger. Im

²⁰ Zitiert nach *Thomas Blanke u. a.* (Hg.), *Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Ge-schichte des Arbeitsrechts in Deutschland*, Band 1: 1840–1933, Reinbek 1975, 77–78.

²¹ Vgl. *Hans-Peter Ullmann*, *Politik im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Enzyklopädie deutscher Geschichte* Band 52, 2. Aufl., München 2005.

²² *Max Weber*, *Parlament und Regierung*, in: *Ders.*, *Gesammelte politische Schriften*, Tü-bingen 1958, 327.

„modernen Staat“ aber gebe es diese soziale Homogenität nicht, sie sei erst auf dem Wege der sozialen Integration herstellbar. Immer wieder plädierte Max Weber für einen Kompromiss zwischen Kapitalismus und Arbeiterbewegung, fordert er sozialen Zusammenhalt durch Kompromisse zwischen den zum Teil entgegengesetzten Interessstrukturen.

Hermann Heller spitzt am Ende der Weimarer Republik diesen Gedanken dramatisch zu. Angesichts der Gefahr eines zur Macht gelangenden Faschismus fordert er:

„Soll die heutige, vornehmlich vom Bürgertum geschaffene Kultur und Zivilisation erhalten, geschweige denn erneuert werden, so muss unter allen Umständen der erreichte Grad der Berechenbarkeit der gesellschaftlichen Beziehungen nicht nur bewahrt, sondern sogar noch erhöht werden.“²³

Obwohl gerade Teile des Bürgertums den – von Anfang an in der Weimarer Republik nur widerwillig hingenommenen – Kompromiss mit der Arbeiterbewegung in der Weltwirtschaftskrise aufzukündigen bereit seien, sah Heller die objektive Aufgabe des Proletariats darin, immer wieder die soziale und politische Kraft zur Integration aufzubringen, da das Bürgertum aus sich heraus dazu nicht in der Lage und auch nicht willens sei.²⁴ Mit der proletarisierten „Massendemokratie des heutigen Großstaates“ und dem gesteigerten Klassengegensatz werde, so Heller, gerade jener Teil der bürgerlichen Gesellschaft, der nach Marx deren Negation darstellt, zum wichtigsten Kristallisationskern und zu einem der „staatsbildenden Faktoren“, dem die Aufgabe der Integration der „ewig antagonistischen Einheit“ zukomme, um so den Faschismus abzuwenden.²⁵ Der Gedanke der Notwendigkeit des sozialen Zusammenhalts wird damit zu einer einseitigen Kompromissleistung, weil bei dessen Auflösung die Lebensinteressen gerade der sozial Schwächeren nachhaltig beeinträchtigt, teils sogar gänzlich infrage gestellt werden würden.

Diese Ausformulierung der Notwendigkeit eines sozialen Kompromisses zum Zwecke der Verteidigung letztlich auch der bürgerlichen Gesellschaft setzt auf Teilhabe an den privatwirtschaftlich entstandenen Ressourcen. *Ralf Dahrendorf* schließlich verbindet die Grundlegung der bürgerlichen Gesellschaft mit einem derartigen sozialen Kompromiss:

„Deshalb verlangt die Durchsetzung der Bürgerrechte ein gewisses Maß dessen, was gerne Nivellierung genannt wird, nämlich einen verlässlichen ‚Fußboden‘ und eine schützende ‚Decke‘ für das Gehäuse sozialer Schichtung. Eine Politik zu diesem En-

²³ *Hermann Heller*, Rechtsstaat oder Diktatur, Tübingen 1930, 24.

²⁴ Vgl. *Wolfgang Schluchter*, Entscheidung für den sozialen Rechtsstaat. Hermann Heller und die staatstheoretische Diskussion in der Weimarer Republik, Köln/Berlin 1968, 172.

²⁵ *Hermann Heller*, Europa und der Faschismus, Berlin/Leipzig 1929, 7, 8, 11.

de ließe sich als liberale Sozialpolitik ohne große Mühe konzipieren. Sie bliebe eine liberale Politik, denn ihr eigentliches Ziel läge darin, den Raum zwischen Decke und Fußboden möglichst breit zu halten, damit die Vielfalt menschlicher Talente und Leistungen im Medium der distributiven Ungleichheit seinen Ausdruck finden kann.“²⁶

Damit wird das Gebot der Integration erneuert und zugleich auf die gesamte Gesellschaft ausgeweitet. Zugleich wird ein Spektrum für die soziale Teilhabe bzw. Verteilung aufgezeigt, denn der Abstand zwischen Decke und Fußboden wird nun zum interessebedingten Ort der Auseinandersetzung. Gleichviel: Bürgerrechte sind an eine existenzsichernde Mindestversorgung gebunden, die vor Ausgrenzung schützen soll, zugleich gibt es Grenzen nach oben, wie schon die frühliberale Theorie formulierte. Gesellschaft benötigt soziale Differenzierung, aber auch sozialen Zusammenhalt. Auseinandersetzungen um die Verteilung sind folglich – in beide Richtungen – legitim.

Doch auch zu diesem sehr weit und offen formulierten Kompromiss hat sich wieder eine Gegenthese herausgebildet. So gehört zur Logik des von *Robert Nozick* ausformulierten Konzepts von einem *Minimal State* das sozialpolitische Credo, Movens von wirtschaftlichem Erfolg sei die Verstärkung sozialer Ungleichheit. Korrekturen an Marktprozessen durch den Staat werden abgelehnt. „Besteuerung von Arbeitseinkommen“ sei „mit Zwangsarbeit gleichzusetzen“. Denn: „Alles, was aus gerechten Verhältnissen auf gerechte Weise entsteht, ist selbst gerecht.“²⁷ Es sei – so ergänzt Hayek – ein Irrglaube, ähnlich dem an „Hexen und Gespenster“, in einer spontan sich bildenden Ordnung, also beim Markt, etwas Bestimmtes unter „sozialer Gerechtigkeit“ vorstellen zu können – auf eine derartige Idee könne nur eine „Zwangsorganisation“, etwa der Sozialstaat, kommen.²⁸ Wenn Hayek dann doch für ein „Mindesteinkommen“ plädiert, dann müsse dieses für Bedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht auf dem Markt verdienen könnten, vollständig außerhalb des Marktes angesiedelt sein und keinesfalls für Personen zu Verfügung stehen, die am Markt eine Leistung anbieten, selbst wenn diese dort nicht nachgefragt werde. Er begründet diese Mindestsicherung für offensichtlich nicht mehr Arbeitsfähige als im Interesse jener liegend, „die Schutz gegen Ver-

²⁶ *Ralf Dahrendorf*, *Gesellschaft und Demokratie*, München 1965, 96.

²⁷ *Robert Nozick*, *Anarchie, Staat, Utopia*, München o. J. 1976, 159, 144.

²⁸ *Friedrich August von Hayek*, *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Band 2, Landsberg am Lech 1981, 98; vgl. *Peter Niesen*, *Die politische Theorie des Libertianismus: Robert Nozick und Friedrich A. von Hayek*, in: *André Brodcz/Gary S. Schaal*, *Politische Theorien der Gegenwart*, Band I, Opladen 2002.

zweiflungsakte der Bedürftigen verlangen“, also der marktstarken Bürgerinnen und Bürger.²⁹

Wie Herrmann Heller schon befürchtet hat, wird hier der sozialstaatliche Kompromiss über einen herzustellenden bzw. zu erhaltenden sozialen Zusammenhang erneut aufgekündigt zugunsten einer einseitigen Durchsetzung marktradikaler Interessensvertretung. Allerdings nimmt von Hayek immerhin noch wahr, dass dieses zur Gegenwehr der sozial Ausgegrenzten führen und deshalb auch den Interessenserfolg der wirtschaftlich Starken beeinträchtigen könnte. Deshalb plädiert er für eine einseitige Setzung einer Mindestsicherung für eine eng begrenzte soziale Gruppe – aber außerhalb der allgemeinen gesellschaftlichen Austauschbeziehungen.

Der *3. Armuts- und Reichtumsbericht* der Bundesregierung vermerkt stolz, dass es in Deutschland mittels Transferleistungen gelungen sei, die Armutsrisikoquote von zunächst 26 auf 13 Prozent zu halbieren, das heißt die primäre Verteilung der Markteinkommen durch Sozialleistungen erfolgreich zu korrigieren.³⁰ Deutschland nimmt damit innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine mittlere Position ein, etwas schlechter als etwa die skandinavischen Länder, aber besser als etwa Großbritannien und die Südländer. Von daher folgt der deutsche Sozialstaat weitgehend den integrativen und auf Kompromiss ausgerichteten Vorgaben der theoretischen Sozialstaatsdiskussion, wie sie sich in der Tradition Bismarcks herausgebildet haben. Der Hinweis auf den Ländervergleich innerhalb der Europäischen Union meint aber mehr als bloß einen sozialstatistischen Datenabgleich. Denn diese Europäische Union ist janusköpfig, sie versteht sich einerseits als eine Union, die ihren Bürgerinnen und Bürgern den Status eines Bürgers der Europäischen Union garantiert, gleichwohl aber vorwiegend eine Wirtschafts- und über weite Teile eine Währungsunion auf der Grundlage nationalstaatlicher Souveränität geblieben ist. Der im Jahr 2000 eingeleitete *Lissabon Prozess* (Agenda 2010) hat zwar zum Ziel, innerhalb der Union die *social cohesion* zu stärken, allerdings auf der Grundlage, dass die Nationalstaaten untereinander *Wettbewerbstaaten* bleiben. Und es ist nicht von ungefähr, dass parallel zu diesem Prozess einer politisch gesteuerten Europäisierung und mit der Reform des Welthandelsabkommens der Globalisierung im wirtschaftspolitischen Bereich die angebotstheoretischen und im sozialstaatlichen Diskurs Vorstellungen einer stärkeren Beschränkung sozial-inklu-

²⁹ Friedrich August von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 3. Aufl., Tübingen 1991, 361.

³⁰ *Bundesregierung* (Hg.), *3. Armuts- und Reichtumsbericht*, 25.

dierender Elemente im staatlichen Handeln an Bedeutung gewinnen. Die aktuellen Zuspitzungen der Weltfinanzkrise machen das Dilemma vollends deutlich: Der Staat springt gleichsam in Sekundenschnelle ein, um die durch reine Spekulationen leistungsunfähig gewordenen Finanzmärkte wieder in Gang zu setzen. Umso stärker werden die Belastungen und Folgen seitens der nationalen Sozialstaaten aufzufangen sein – und natürlich seitens der davon Betroffenen. Dieses sind nicht irgendwelche beliebigen Paradigmenwechsel – mal so, mal anders. Es sind vielmehr interesse- und letztlich machtbedingte Unterordnungen sozialer Teilhabe und damit des sozialen Zusammenhalts unter die Dominanz sich zuspitzen-der Verteilungskonflikte. Es ist dies nicht die bloße Wiederholung dessen, was sich am Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre ereignete. Es ist aber die Bestätigung dessen, was *John Maynard Keynes* damals ausgeführt hatte, dass nämlich eine zu starke Spreizung der Einkommen und Gewinne angesichts mangelnder Realinvestitionen via Spekulation letztlich auch den vorhandenen volkswirtschaftlichen Prozess schädigen wird. Anders als bei Keynes gibt es heute zumindest wirksame Instrumente und gemeinschaftliches Handeln der daran beteiligten Länder allerdings mit der Konsequenz, dass der weltfinanzpolitische Prozess letztlich supranational gesteuert wird, der sozialstaatliche Integrationsprozess national bleibt. Dessen Gestaltungsrahmen gerät damit sehr viel näher an den eines *Minimal State* als die derzeit vorhandenen Instrumente sozialer Inklusion noch zu halten vorgeben.

4. SOZIALE INKLUSION UND WOHLSTANDSMEHRUNG: INTEGRATIVE UND INTERGENERATIVE ANSÄTZE

Müssen soziale Inklusion und Wohlstandsmehrung auf Dauer eher in einem konfliktorischen Verhältnis zueinander stehen? In der politischen Diskussion macht derzeit das Wort von einer ‚Vererbung‘ von Armut die Runde, wobei unter ‚Vererbung‘ zunächst die innerfamiliäre Weitergabe ‚schlechter‘ Eigenschaften verstanden wird. Früher sprach man von sogenannten ‚Sozialhilfeclans‘, die bereits über mehrere Generationen hinweg von öffentlicher Unterstützung abhängig gewesen sind. Die wissenschaftliche Diskussion dagegen macht heute deutlich, dass es sich hier um eine ‚soziale‘ Vererbung handelt, die letztlich über das Einzelschicksal hinaus gesellschaftliche Konsequenzen hat.

Mit *Pierre Bourdieus* konflikttheoretischem Ansatz lassen sich die Mechanismen, durch welche die bestehenden gesellschaftlichen Machtver-

hältnisse reproduziert werden, theoretisch fassen. Nach Bourdieu besitzt der Mensch drei Formen von Kapital: das ökonomische, das soziale und das kulturelle Kapital. Das ökonomische Kapital umfasst alles, was unmittelbar in Geld transformierbar ist. Das soziale Kapital meint die Ressourcen, welche in einem sozialen Beziehungsnetz verfügbar sind. Das kulturelle Kapital schließlich besteht aus drei verschiedenen Formen: dem objektivierten, dem inkorporierten (oder auch verinnerlichten) und dem institutionalisierten kulturellen Kapital. Inkorporiertes Kulturkapital geht oft direkt von der Elterngeneration auf deren Kinder über, kann allerdings nicht einfach übergeben oder verschenkt werden. Jedes Individuum muss es sich selbst aneignen. Diese Aneignung geschieht unbewusst über den sogenannten ‚Habitus‘. Der ‚Habitus‘ ist nach Bourdieu ein „System dauerhafter Dispositionen“³¹, welcher nicht angeboren, sondern durch Erfahrungen angeeignet wird. Er determiniert allerdings nicht vollkommen das Denken und Handeln, setzt ihm aber Grenzen.

Nach Bourdieu haben die Menschen einer sozialen Klasse einen ähnlichen „Geschmack“ und somit pflegt jede soziale Klasse ihren spezifischen Lebensstil, der natürlich immer auch von den beiden anderen Kapitalformen – dem ökonomischen und dem sozialen Kapital – mitgeprägt ist. Diese klassenspezifischen Lebensstile beeinflussen wiederum die Konstitution des Habitus der nachfolgenden Generation.³² So lernen zum Beispiel kleine Kinder die Umgangsformen, aber auch den spezifischen Sprachcode ihrer sozialen Umwelt.³³ Durch diesen Kreislauf werden der Habitus und damit das inkorporierte Kulturkapital von der einen Generation auf die nächste ‚sozial‘ vererbt. Weil die Weitergabe des inkorporierten kulturellen Kapitals nicht so offensichtlich geschieht wie die Weitergabe von ökonomischem Kapital, werden die durch dieses Kapital erworbenen Fähigkeiten als ‚natürliche Talente‘ angesehen. Die ‚Talente‘ wie zum Beispiel die Fähigkeit, sich auf eine bestimmte anerkannte Weise ausdrücken zu können, werden dann durch die Bildungsinstitutionen bewertet und mit einem Bildungstitel versehen, also etwa durch die Schullempfehlung Pro oder Contra weiterführende Schule, Schulabschlüsse etc. Diese Zertifizierung von anerkannten Wissensbeständen bezeichnet Bourdieu als institutionalisiertes kulturelles Kapital. Es hat einen entscheidenden Ein-

³¹ *Pierre Bourdieu*, Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt 1979, 143.

³² Vgl. *Pierre Bourdieu*, Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 1992, 53–78.

³³ Vgl. *Dorothee Kaesler*, Sprachbarrieren im Bildungswesen, in: *Peter A. Berger/Heike Kablert* (Hg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, Weinheim und München 2005, 136–142.

fluss auf den Erfolg oder Misserfolg im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt und damit auch auf die Stellung innerhalb einer Gesellschaft.³⁴

Soziale Herkunft, Erwerb bzw. Nicht-Erwerb von Bildungstiteln und Gesundheit greifen ineinander. *Michael Wendler* nimmt den Gedanken von *Michael Vesper* auf, dass die kognitive Entwicklung von Kleinkindern nicht loszulösen ist von der Entwicklung der psychomotorischen Fähigkeiten.³⁵ Die Neuropsychologie setzt bereits im pränatalen Zustand an, werden doch bereits im Mutterleib in hohem Maße Entwicklungen vorgeprägt. Bei beiden Thesen geht es letztlich um die Frage, wie und an welcher Stelle eine externe Intervention erfolgen kann. Da gerade Mütter aus sozialen Unterschichten später und weniger Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen, sind hier Zugänge ebenso wichtig wie in der nachgeburtlichen und in der Kleinkindphase. Das Abstützen und Heben des Köpfchens eines wenige Monate alten Babys ist mehr als nur eine natürliche körperliche Entwicklung, dieser Vorgang verändert Perspektiven. Und dieses setzt sich fort: Körperliche Bewegung setzt Grundlagen für die kognitive und soziale Auseinandersetzung mit der Umwelt, es befördert Zeit-Raum-Vorstellungen, Bewegungsabläufe, Aneinanderreihungen von Prozessen etc. – alles Voraussetzungen für kognitive Fertigkeiten etwa des Lesens und des Rechnens. Aber selbst hier greifen schon soziale Selektionsfilter: Die Größe der Wohnung, der Habitus der Eltern, das Wohnumfeld und Möglichkeiten, diese Benachteiligungen auszugleichen. Armut ist ein Stressfaktor, der Kinder genauso trifft wie die davon betroffenen Erwachsenen selbst.³⁶ Es werden Krisenkreisläufe in Gang gesetzt, die sich in (psycho-)somatischen Beschwerden niederschlagen. Aber es gibt auch die Gegenwehr, die Stärkung von Resilienz-Faktoren und das Beschreiten von Coping-Strategien. Die *AWO/ISS-Kinderarmutsstudie* beschreibt Wege heraus aus der Armut in konkreten Einzelfällen.³⁷

Die PISA-Studien haben deutlich gemacht, dass insbesondere die Länder im internationalen Vergleich sehr gut abgeschnitten haben, deren schulisches System vor allem den Elementar- und Primarbereich fördern und so die Selbständigkeit der Kinder steigern, sodass sich diese im Sekundar-

³⁴ Vgl. *Pierre Bourdieu*, Die verborgenen Mechanismen, 53.

³⁵ *Michael Wendler*, Bewegung und Körperlichkeit als Risiko und Chance, in: *Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn* (Hg.), Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, Wiesbaden 2008, 438–454.

³⁶ *Hans-Jürgen Balz*, Prekäre Lebenslagen und Krisen. Strategien zur individuellen Bewältigung, in: *Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn* (Hg.), Handbuch Armut, 419–437.

³⁷ *Beate Hock/Gerda Holz* (Hg.), „Erfolg oder Scheitern? Arme und benachteiligte Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben“, Fünfter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt 2000.

bereich stärker selbst und gegenseitig helfen können. In Deutschland ist dieses genau umgekehrt. Auch deshalb liegen Kinderarmutsquoten in den skandinavischen Ländern deutlich unter denen etwa in Deutschland. Hier müssen institutionelle Veränderungen am Schulwesen vorgenommen und die vorherrschenden Ausgrenzungsmechanismen abgebaut werden. Dieses Vorhaben tangiert natürlich soziale Interessen derer, die heute auf den privilegierten Plätzen in der Gesellschaft sitzen.

Und schließlich: Das deutsche Gesundheitswesen ist nach wie vor mittelschichtenorientiert. Es basiert in einem hohen Maße auf der Grundlage einer Komm-Struktur, Menschen aus den unteren sozialen Schichten dagegen haben im Regelfall eine höhere Symptomtoleranz. Sie suchen eher den Allgemeinmediziner auf und werden seltener an den spezialisierten Facharzt weitergeleitet. Hinzu kommen Sprachbarrieren beim Erklären der Diagnose, Therapie und der Nachsorge. Die physisch belastenden Arbeitsbedingungen führen dazu, dass sportliche Aktivitäten unterbleiben. Arbeits- und Lebensbedingungen korrelieren im Regelfalle in Gestalt einer ungesünderen Lebensführung. Menschen mit Abitur leben im Schnitt mehr als drei Jahre länger als solche ohne den allgemeinen Hochschulzugang – eine Zahl, in der all dieses zusammengeführt wird.³⁸

Arm und Reich sind – zusammengefasst – mehr denn je daraufhin zu untersuchen, ob und wie sie den sozialen Zusammenhang unserer Gesellschaft bestimmen. Sie beeinflussen den Wohlstandszuwachs, den Grad der sozialen Teilhabe und die intergenerative Weitergabe sozialer Spaltungen und damit sozialer Spannungen. Natürlich hätten alle daran Beteiligten gerne einen quasi objektiven *Social-Body-Mass-Index*, um den sozialen Normalzustand nach unten vom sozialen Untergewicht und nach oben vom sozialen Übergewicht bzw. der sozialen Adipositas abzusetzen. Das Interesse, gleichsam einen sozialen Siedepunkt fest zu fixieren, besteht sowohl bei denen, die eine hohe Spreizung zwischen Arm und Reich erreichen wollen, um besser ausreizen zu können, ‚wie weit‘ man mit Ausgrenzungsstrategien gehen kann. Umgekehrt würden jene, die die soziale Teilhabe verbessern und die Spanne zwischen Arm und Reich reduzieren wollen, liebend gerne wissen, ab welchem Punkt die verstockten Reichen mit Protest und Schlimmerem drohen können. Diesen ‚Punkt‘ gibt es nicht objektiv, geschichtlich hat es beides gegeben: das Auflodern von Konflikten, obwohl niemand an diesem Punkt damit gerechnet hat,

³⁸ Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. *Koordination und Qualität im Gesundheitswesen*, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/5670 vom 09.06.2005, 64.

ebenso das Unterbleiben derselben, obwohl der soziale Konfliktstoff evident war.

Mit *Johann Galtung* kann man aber feststellen, dass jede Anwendung von Gewalt, damit auch von der strukturellen Gewalt sozialer Ausgrenzung, eine Gegengewalt auslöst – fragt sich nur wann, wie und mit welchem Erfolg. *Pierre Bourdieu* ergänzt:

„Gewalt geht nie verloren, die strukturelle Gewalt, die von den Finanzmärkten ausgeübt wird, der Zwang zu Entlassungen und die tiefgreifende Verunsicherung der Lebensverhältnisse schlägt auf lange Sicht als Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmissbrauch, Alkoholismus zurück, in all den kleinen und großen Gewalttätigkeiten des Alltags.“³⁹

Dabei könnten soziale Inklusionsstrategien und Wohlstandszuwachs sehr wohl auch zusammenwirken. Die Europäische Union fragt im Rahmen der revidierten Lissabon-Strategie danach, welchen Einfluss Wirtschaftswachstum und finanzielle Stabilität auf die Stärkung der sozialen Kohäsion bzw. welche Wirkungen von einer sozialen Inklusionspolitik auf Wirtschaftswachstum und finanzielle Konsolidierung ausgehen.⁴⁰ Damit kommt eine neue Perspektive in die gesellschaftspolitische Diskussion, es geht eben nicht mehr nur um Angebot und Nachfrage, sondern um das, was etwa im Ökonomiebegriff eines Adam Smith noch selbstverständlich war, bei aktuellen wirtschaftsliberalen Positionen allerdings völlig vergessen, aufgegeben, verdrängt wird, nämlich um die politische Dimension von Ökonomie. Vergleichen wir Deutschland etwa mit anderen Ländern, dann zeigt sich ein zu niedriges Bildungsniveau.⁴¹ Trennung von Arm und Reich bedeutet eben auch, betrachtet man die hier nur angedeuteten sozialen und politisch etablierten Mechanismen, eine intergenerative Verlängerung dieses Zustandes, um den Preis einerseits einer fortgesetzten sozialen Polarisierung, andererseits eines strukturellen Defizits an Fachkräften, an Qualifikationen unterschiedlichster Art, an sozialen Potentialen. Mehr Bildung – auch und gerade bei den Kindern und Jugendlichen in Armut – würde eine wichtige Zukunftsinvestition für den Wirtschaftsprozess darstellen. Abgesehen davon, dass alle Menschen ein „Bürgerrecht auf Bildung“⁴² haben, würde eine frühkind-

³⁹ *Pierre Bourdieu*, *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998, 49.

⁴⁰ *Hugh Frazer/Eric Marlier*, „Feeding in“ and „feeding out“: the Extent of Synergies between Growth and Jobs Policies and Social Inclusion Policies across the EU, 2008, online unter <<http://www.peer-review-social-inclusion.eu/network-of-independent-experts/second-semester-2007>>, abgerufen 12.01.2009.

⁴¹ Vgl. *Konsortium Bildungsberichterstattung*, *Bildung in Deutschland – Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*, Bielefeld 2006, 30f.

⁴² *Ralf Dahrendorf*, *Bildung ist Bürgerrecht*, Bramsche/Osnabrück 1965.

liche, breite Förderung in den Bereichen Bewegung und ästhetischer Erziehung deutlich die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft stärken. Wichtige soziale Potentiale würden nicht länger ungenutzt zur Seite geschoben, für die Gesellschaft entstünde eine neue Vielfalt von Talenten, die sie nutzen kann. Diese Gesellschaft würde deutlich ökonomisch und auch in anderen Bereichen ‚reicher‘, wenn alle ihren optimalen Beitrag an Wissen und Kompetenz einbringen könnten und nicht weiter durch soziale Herkunft und soziale Barrieren behindert würden. Doch dieses ist mehr als nur ein Appell an die individuelle Bildungsbeteiligung. Gefordert sind Reformen der Bildungsinstitutionen, zugleich deren Vernetzung mit dem Gesundheitswesen, der Arbeitsmarkt- und letztlich der Verteilungspolitik. Eine gute Bildungsbeteiligung breiter Bevölkerungskreise wäre ein wichtiger Indikator dafür, dass diese unterschiedlichen Bereiche zusammenwirken. Solange jedoch dieses – interessebedingt – nicht geschieht, hält die Spaltung in Arm und Reich an; damit verstetigen sich zugleich die Unwägbarkeiten für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

LITERATURVERZEICHNIS

- Hans-Jürgen Balz*, Prekäre Lebenslagen und Krisen. Strategien zur individuellen Bewältigung, in: *Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn* (Hg.), Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, Wiesbaden: VS 2008, 419–437.
- Peter A. Berger/Heike Kablert* (Hg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, Weinheim/München: Juventa 2005.
- Thomas Blanke u. a.* (Hg.), Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Band 1: 1840–1933, Reinbek: Rowohlt 1975.
- Pierre Bourdieu*, Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt: Suhrkamp 1979.
- Pierre Bourdieu*, Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg: VSA 1992.
- Pierre Bourdieu*, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz: Universitätsverlag 1998.
- André Brodocz/Gary S. Schaal*, Politische Theorien der Gegenwart, Band I, Opladen: Leske + Budrich 2002.
- Bundesregierung* (Hg.), 3. Armuts- und Reichtumsbericht. Lebenslagen in Deutschland, Bonn: Bundesanzeigerverlag 2008.

- Ralf Dahrendorf*, *Bildung ist Bürgerrecht*, Bramsche/Osnabrück: Nannen 1965.
- Ralf Dahrendorf*, *Gesellschaft und Demokratie*, München: Piper 1965.
- Hugh Frazer/Eric Marlier*, „Feeding in“ and „feeding out“: the Extent of Synergies between Growth and Jobs Policies and Social Inclusion Policies across the EU, 2008, online unter <<http://www.peer-review-social-inclusion.eu/network-of-independent-experts/second-semester-2007>>, abgerufen 12.01.2009.
- Milton Friedman*, *Capitalism and Freedom*, Chicago: University of Chicago Press 1963.
- Friedrich Ebert Stiftung*, *Gesellschaft im Reformprozess*, Bonn: Eigenverlag 2006.
- Markus M. Grabka/Joachim R. Frick*, Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008 vom 05.03.2008, 101–108.
- Rolf Richard Grauhan/Rudolf Hickel* (Hg.), *Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien*, Leviathan, Sonderheft 1/1978, Opladen: Westdeutscher Verlag 1978.
- Olaf Grob-Samberg*, Armut in Deutschland verfestigt sich, in: DIW Wochenbericht Nr. 12/2007 vom 21.03.2007, 177–182.
- Klaus-Martin Groth*, *Die Krise der Staatsfinanzen. Systematische Überlegungen zur Krise des Steuerstaates*, Frankfurt: Suhrkamp 1978.
- Alfred Oppolzer*, *Wenn Du arm bist, musst Du früher sterben. Soziale Unterschiede in Gesundheit und Sterblichkeit*, Hamburg: VSA 1986.
- Friedrich August von Hayek*, *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Band 2, Landsberg am Lech: Verlag moderne Industrie 1981.
- Friedrich August von Hayek*, *Die Verfassung der Freiheit*, 3. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck 1991.
- Georg Wilhelm Friedrich Hegel*, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Mit Hegels eigenhändigen Notizen und den mündlichen Zusätzen*, Frankfurt: Suhrkamp 1970 (Werke in 20 Bänden, Bd. 7).
- Hermann Heller*, *Europa und der Fascismus*, Berlin/Leipzig: de Gruyter 1929.
- Hermann Heller*, *Rechtsstaat oder Diktatur*, Tübingen: Mohr Siebeck 1930.
- Beate Hock/Gerda Holz* (Hg.), „Erfolg oder Scheitern? Arme und benachteiligte Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben“, Fünfter Zwi-

- schenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt: Eigenverlag ISS 2000.
- Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn* (Hg.), Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, Wiesbaden: VS 2008.
- Dorothee Kaesler*, Sprachbarrieren im Bildungswesen, in: *Peter A Berger/Heike Kahler* (Hg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, Weinheim/München: Juventa 2005, 136–142.
- John Maynard Keynes*, Wege zur Wiedererlangung der Prosperität, in: *Harald Mattfeld*, Keynes kommentierte Werkauswahl, Hamburg: VSA 1985.
- John Maynard Keynes*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 7. Auflage, unveränderter Nachdruck der 1. Aufl. von 1936, Berlin: Duncker & Humblodt 1994.
- Konsortium Bildungsberichterstattung*, Bildung in Deutschland – Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld: W. Bertelsmann 2006.
- Karl Marx*, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Marx-Engels Werke, Berlin: Dietz 1970.
- Peter Niesen*, Die politische Theorie des Libertarianismus: Robert Nozick und Friedrich A. von Hayek, in: *André Brodocz/Gary S. Schaal*, Politische Theorien der Gegenwart, Band I, Opladen: Leske + Budrich 2002.
- Robert Nozick*, Anarchie, Staat, Utopia, München: MVG o. J. (1976).
- Jean Jacques Rousseau*, Der Gesellschaftsvertrag, Stuttgart: Reclam 1968.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen*, Koordination und Qualität im Gesundheitswesen. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/5670 vom 09.06.2005.
- Helmut Schelsky*, Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, in: *Ders.* Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/Köln: Dietrich 1965, 331–336.
- Adam Smith*, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Jena 1923, reprint Gießen: Andreas Achenbach 1973.
- Statistisches Bundesamt Deutschland*, Niedrige Bildung schmälert Arbeitsmarktchancen erheblich, Pressemitteilung Nr. 333 vom 05.09.2008.
- Transfer-Enquête-Kommission*, Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht durch die *Bundesregierung*, *Der*

- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Der Bundesminister für Wirtschaft*, Stuttgart: Kohlhammer 1981.
- Wolfgang Schluchter*, Entscheidung für den sozialen Rechtsstaat. Hermann Heller und die staatstheoretische Diskussion in der Weimarer Republik, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1968.
- Hans-Peter Ullmann*, Politik im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Enzyklopädie deutscher Geschichte Band 52, 2. Aufl., München: Oldenbourg 2005.
- Friedrich August von Hayek*, Ungleichheit ist nötig, Interview in: *Wirtschaftswoche* 3 (1996), 16–17.
- Max Weber*, Parlament und Regierung, in: *Ders.*, Gesammelte politische Schriften, Tübingen: Mohr Siebeck 1958.
- Michael Wendler*, Bewegung und Körperlichkeit als Risiko und Chance, in: *Ernst-Ulrich Huster/Jürgen Boeckh/Hildegard Mogge-Grotjahn* (Hg.), *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS 2008, 438–454.